

VOM EMBARGO BIS ZUR US-BLOCKADE KUBA: DIE SOZIALISTISCHE REVOLUTION BIEGT SICH, ABER SIE ZERBRICHT NICHT

Rémy HERRERA

*Forscher am französischen Nationalen Zentrum für wissenschaftliche Forschung (CNRS),
Labor des Zentrums für Wirtschaftswissenschaften der Sorbonne, Paris, Frankreich*

Das kubanische Volk und seine Regierung erleben derzeit eine der schwersten und gefährlichsten Phasen seit Beginn der Revolution 1959, vergleichbar mit – und vielleicht sogar schlimmer als – den Anfangsjahren in den 1960er Jahren oder der „Sonderperiode“ nach dem Zusammenbruch der UdSSR Anfang der 1990er Jahre. Seit Januar 2026 blockiert das US-Militär auf Anordnung von Präsident Donald Trump die Ölversorgung Kubas und verstößt damit gegen internationales Recht. Trump hat sogar eine direkte Militärintervention in Erwägung gezogen. Diese Möglichkeit erscheint umso glaubwürdiger, als die US-Marine in Guantanamo Bay im Südosten der Insel einen Stützpunkt unterhält, den Washington nicht aufgeben will. Dieser Stützpunkt dient als schmerzliche Erinnerung – wie eine Wunde, die niemals heilen wird – an die Vergangenheit der neokolonialen Besatzung durch die USA.

Am 29. Januar unterzeichnete D. Trump eine Exekutivanordnung, mit der er einseitig eine Energieblockade gegen Kuba verhängte und jedem Land, das gegen sein imperialistisches Diktat verstieß, mit Sanktionen in Form prohibitiver Zölle drohte. Als Vorwand diente die Behauptung, Kuba – ein kleines Land im globalen Süden ohne Bodenschätze und bereits seit über 60 Jahren einem Embargo unterworfen – stelle eine Bedrohung für die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten dar – der militärisch und finanziell mächtigsten Nation der Welt und nach wie vor die Hegemonialmacht des globalen kapitalistischen Systems. Washington setzte Kuba zudem auf die Liste der „staatlichen Unterstützer des Terrorismus“ – eine Anschuldigung, die Havanna entschieden zurückweist.

Diese US-Energieblockade zielt darauf ab, der kubanischen Bevölkerung maximales Leid zuzufügen und die Spannungen und Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung zu verschärfen – vor dem Hintergrund zunehmender täglicher Not, physischer und psychischer Erschöpfung sowie wachsender Ungleichheit –, um die öffentliche Meinung gegen das zu wenden, was Reaktionäre als „kommunistisches Regime“ bezeichnen (nachdem sie es lange als „Castro-Diktatur“ bezeichnet hatten). Ziel ist es daher, die Einheit des Volkes zu zerstören, Zusammenstöße und Straßendemonstrationen zu provozieren – wenn möglich gewaltsame, angeheizt durch hasserfüllte Propaganda in den sozialen Medien –, um eine – hoffentlich ebenfalls gewaltsame – „Repression“ durch die kubanischen Behörden auszulösen und so eine US-Militärintervention zu rechtfertigen, die dann in den Augen ihrer Verbündeten als „legitime“ Operation getarnt würde.

Diese neue US-Aggression gegen Kuba findet in einem höchst besorgniserregenden internationalen Kontext statt. Die Vereinigten Staaten – ohne die Israel nichts wäre und zweifellos noch verwundbarer als Kuba heute – unterstützen Premierminister Netanjahu, einen Verantwortlichen für den Völkermord in Gaza und mutmaßlichen Kriegsverbrecher laut Internationalem Gerichtshof, in seiner kolonialistischen und segregationistischen Politik gegenüber dem palästinensischen Volk und in seiner

kriegerischen und expansionistischen Strategie eines „Großisraels“: Teilbesetzung Syriens, Bombardierungen von Jemen, Katar und Libanon, Angriffe auf UN-Friedenstruppen, Krieg gegen den Iran usw. D. Trump hat außerdem seinen Wunsch geäußert, Grönland und den Panamakanal zu erobern, seine Armeen mehrfach außerhalb des Nahen Ostens (insbesondere in Nigeria und Pakistan) stationiert, den venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro entführt und inhaftiert und das Land sowie seinen Zugang zu Bodenschätzen unter Treuhandschaft gestellt, die Errichtung neuer Militärbasen in Lateinamerika (insbesondere in Peru) geplant, mit der Invasion mehrerer Länder (darunter Mexiko) gedroht und verschiedene amtierende Staatsoberhäupter angegriffen; Und unter ihnen der kolumbianische Präsident Gustavo Petro, der erklärte, dass er als ehemaliger Guerillakämpfer den Krieg kenne und bereit sei, wieder zu den Waffen zu greifen, um sein Heimatland zu verteidigen – eine Antwort, die wohl zu den wenigen gehört, die Herr Trump verstehen dürfte.

In den Vereinigten Staaten selbst hat die brutale Behandlung von Migranten – von der Gewalt der US-Einwanderungs- und Zollbehörde (*US Immigration and Customs Enforcement*, ICE) bis hin zu den rücksichtslosen Abschiebungen von Einwanderern ohne Papiere (darunter auch Kubanern) – die amerikanische Bevölkerung tief gespalten. Um es zu betonen: Die innenpolitische Lage in den USA ist besorgniserregend. Eine neue, schwere Finanzkrise droht auszubrechen; die wirtschaftlichen Ergebnisse sind weit entfernt von den allgemein behaupteten Glanzleistungen; viele soziale Indikatoren sind schlecht; die Ungleichheit wächst weiter, die Armut breitet sich aus, die Mordrate steigt, die Gefängnisse füllen sich, der Drogenhandel richtet verheerende Schäden an, und die Korruption großer Teile der Eliten erschreckt angesichts des Ausmaßes der begangenen Verbrechen. Ganz zu schweigen davon, dass Vertreter einiger Bundesstaaten (darunter Texas) sogar über eine Sezession nachdenken... Kurz gesagt: Die Vereinigten Staaten stecken in Schwierigkeiten: ihre Gesellschaft degeneriert, ihr Kapitalismus befindet sich in der Krise, ihre Hegemonie schwindet. Und genau das macht sie immer gefährlicher und zerstörerischer.

Die kubanische Gemeinde in den Vereinigten Staaten ist gespalten, insbesondere in Florida, wo sie am größten ist. Sie unterstützte Donald Trump bei den letzten drei Präsidentschaftswahlen nur verhalten. Viele Einwanderer, auch jene, die legal eingereist sind, empfinden die jüngste Feindseligkeit der Regierung als besonders schwer zu ertragen. Fast alle haben Verwandte – Familie, Freunde, Nachbarn –, die in Kuba geblieben sind und regelmäßig Geldüberweisungen erhalten. Kaum einer von ihnen möchte, dass diese durch Bombenangriffe oder eine ausländische Invasion umkommen – würden sie eine solche Möglichkeit auch nur klaglos hinnehmen? Die große Mehrheit der Kubaner, die in letzter Zeit in die Vereinigten Staaten ausgewandert sind, verließ die Insel aus nicht politischen, sondern wirtschaftlichen Gründen – im Wesentlichen aufgrund der unzähligen Probleme, die das über ein halbes Jahrhundert andauernde US-Embargo im Alltag verursacht hat. Und was ist mit den pro-Trump-Kubanern, die in den USA lebten und in den letzten Monaten von eben jenem Mann, in den sie ihre Hoffnungen gesetzt hatten, ausgewiesen wurden oder deren Angehörige ausgewiesen wurden? Für sie hat sich der *American Dream* (amerikanische Traum) in einen Albtraum verwandelt.

Die kubanischen Ölimporte wurden daher Anfang Januar, kurz nach der US-Militärintervention in Venezuela, eingestellt – einer Operation, bei der 32 kubanische Leibwächter, die für die Sicherheit von Präsident Nicolás Maduro zuständig waren, in Gefechten mit der Delta Force ihr Leben verloren. Bereits im Dezember 2025 erhielten

die US-Streitkräfte jedoch den Befehl, Schiffe abzufangen, die Treibstofflieferungen von Venezuela nach Kuba transportierten – Lieferungen, die auf Kooperationsabkommen zwischen den beiden Ländern basierten, die noch unter den Präsidenten Fidel Castro und Hugo Chávez geschlossen worden waren. Seit September des Vorjahres waren dieselben Streitkräfte bereits damit beauftragt, Schiffe in der Karibik zu zerstören, die im Verdacht standen, Drogen für die Vereinigten Staaten zu transportieren. Aufgeheizt durch den reaktionären Rachedurst seines Außenministers Marco Rubio (geboren in Miami als Sohn einer Familie kubanischer Herkunft und selbst ein hysterischer Konterrevolutionär), verschärfte D. Trump die Beleidigungen und Drohungen gegen Kuba und gipfelte in seiner charakteristischen Arroganz: « *Cuba is next* » („Kuba ist als Nächstes dran“). Übersetzung: Nächstes Ziel des US-Militärs.

Die Auswirkungen der US-Energieblockade gegen Kuba sind immens und besonders gravierend. Da die Nutzung der eigenen Bodenschätze wie Erdöl und Erdgas oder erneuerbarer Energien (Solarenergie etc.) nur etwa die Hälfte des kubanischen Energiebedarfs deckt, beeinträchtigen Brennstoffknappheit und damit die Stromversorgungskapazität der nationalen Infrastruktur erheblich. Dies führt zu häufigen und lang anhaltenden Stromausfällen in Haushalten und Betrieben und schafft ein ständiges Risiko von Stromausfällen. Infolgedessen sind die Trinkwasserversorgung, die Medikamentenversorgung von Krankenhäusern, die Arbeit in Forschungslaboren, der Betrieb von Schulen und Universitäten, die Versorgung von Geschäften mit Lebensmitteln und Hygieneartikeln, die Rohstofflieferungen an lokale Produktionsstätten sowie die Müllabfuhr und Abwasserentsorgung derzeit massiv beeinträchtigt. Alle Wirtschaftszweige sind betroffen: vom Transportwesen über Bankdienstleistungen und Landwirtschaft bis hin zum Tourismus und, im Hinblick auf Exportgüter, von Nickel bis Tabak. Alles ist noch schwieriger geworden als „in normalen Zeiten“, also im Alltag unter dem Embargo, das die Kubaner so gut kennen und schon so lange kennen – das aber nur wenige Menschen weltweit auch nur ein paar Tage (oder wenige Stunden, wenn sie in einem Industrieland leben) aushalten könnten. Mehrfach hatten aufeinanderfolgende US-Regierungen das Embargo bereits auf Bereiche ausgeweitet, die zuvor nicht darunter fielen, wie etwa Medikamente und medizinische Geräte; beispielsweise durch ein Verbot kubanischer Importe von Ausrüstung für Kinderstationen, Intensivstationen und Dialysegeräte. Doch was geschieht seit der Blockade und ohne Strom mit Frühgeborenen in Inkubatoren, mit älteren Menschen an Beatmungsgeräten und mit Patienten mit chronischer Nierenerkrankung? Diese Energieblockade, die das Embargo noch verschärft, ist nicht nur illegal und grausam, sondern auch kriminell und unmenschlich. Angesichts der unerbittlichen imperialistischen Vorgehensweise ist der Widerstand des kubanischen Volkes und seiner Regierung bewundernswert. Er ist schlichtweg heldenhaft.

Doch dieser jüngste Akt der Aggression seitens der Vereinigten Staaten hat auch negative Auswirkungen auf die eigene Bevölkerung. So wird beispielsweise amerikanischen Bürgern mit Alzheimer, die von kubanischen Forschern – insbesondere des Zentrums für Molekulare Immunologie (CIM), das mit NeuralCIM ein wirksames Medikament gegen die Krankheit entwickelt hat – behandelt wurden, die Fortsetzung ihrer Therapie verwehrt. Darüber hinaus verlieren fast sieben Millionen ihrer Landsleute in den USA nun den Zugang zu diesen Behandlungen aus Kuba. Dies erinnert an den Präzedenzfall des Va-MenGOC-BC-Impfstoffs gegen Meningitis B, der in den 1980er-Jahren von einem Team kubanischer Forscher des Findlay-Instituts in

Havanna entdeckt wurde und dessen Anwendung in den USA zeitweise von der Reagan-Regierung verboten war – eine Zeit, in der leider mehrere hundert junge amerikanische Kinder an dieser Krankheit starben, weil sie nicht früh genug geimpft werden konnten.

In Kuba hat die Blockade seit Januar zur Absage zahlreicher Operationen geführt, darunter auch Eingriffe an Kindern. Versorgungsengpässe beeinträchtigen das Leben von Millionen Menschen, darunter viele ältere Menschen. Der öffentliche Nah- und Fernverkehr ist drastisch eingeschränkt, Benzin wird streng rationiert. Tag und Nacht fallen Strom und Wasser für mehrere Stunden aus. Viele Grundnahrungsmittel sind knapp und ihre Preise sind explodiert. Trotz allem handeln die Kubaner weiterhin so, wie sie es gewohnt sind: durch konkrete Solidarität, großzügige gegenseitige Hilfe und gemeinsamen Widerstand. Und ihre Führung reagiert weiterhin auf ihre Weise, entschlossen und gelassen zugleich, indem sie die Verteidigung der nationalen Souveränität, die Bekräftigung des Willens zur Vertiefung des revolutionären Prozesses und Worte des Friedens und der Freundschaft an das amerikanische Volk miteinander verbindet. Dies ist seit Jahrzehnten der kubanische Weg: die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu fordern und jungen amerikanischen Studierenden aus benachteiligten Familien oder Minderheitengruppen Stipendien anzubieten, damit sie auf der Insel studieren können. den Vorschlag unterbreiten, Brigaden kubanischer Ärzte in die Vereinigten Staaten zu entsenden, sobald eine Naturkatastrophe ihr Territorium heimsucht; internationale medizinische Hilfeinsätze weltweit ohne jegliche Diskriminierung auszuweiten; oder sogar die von der Nuklearkatastrophe von Tschernobyl verstrahlten Kinder aufzunehmen, selbst nachdem die postsowjetische ukrainische Regierung zusammen mit den Vereinigten Staaten in der Generalversammlung der Vereinten Nationen gegen die Aufhebung des Embargos gestimmt hatte.

Mexiko blieb seiner Tradition der Solidarität mit Kuba treu. Nur wenige Tage nach Verhängung der Blockade kündigte die mexikanische Präsidentin Claudia Sheinbaum die Entsendung humanitärer Hilfe auf die Insel an. Zwei Versorgungsschiffe der mexikanischen Marine, die „Papaloapan“ und die „Isla Holbox“, erreichten Kuba am 12. Februar. Sie waren mit 814 Tonnen Lebensmitteln beladen: Milchpulver, Bohnen, Reis, Fleisch, Fischkonserven, Pflanzenöl, Kekse und Hygieneartikel. Weitere hundert Tonnen Hilfsgüter sollten noch verschifft werden. Am 31. März durchbrach der russische Öltanker „Anatoli Kolodkin“ die Blockade und legte im Hafen von Matanzas östlich der kubanischen Hauptstadt an. An Bord befanden sich 100.000 Tonnen Rohöl (entspricht 730.000 Barrel). Die russischen Behörden kündigten umgehend die Entsendung weiterer Schiffe an. Bereits am 30. März hatte die mexikanische Regierung erklärt, sie arbeite an der Wiederaufnahme der Öllieferungen nach Kuba. Zehn Tage zuvor hatten die chinesischen Behörden die Lieferung von 60.000 Tonnen Reis und die Überführung von Elektrogeräten im Wert von 80 Millionen US-Dollar auf die Insel angekündigt und damit die entsprechenden Aussagen von Präsident Xi Jinping Ende Januar bestätigt. Am 24. März demonstrierten 650 Freiwillige aus 33 Ländern ihre Solidarität mit der Revolution, indem sie die Flottille „*Nuestra América*“ anführten. Und am 15. April landete ein Flugzeug aus Bogotá mit Lebensmitteln und Medikamenten der kolumbianischen Regierung auf der Insel. Vertreter der in Havanna anwesenden UN-Organisationen bedauerten ihrerseits, ihre Nothilfe aufgrund der Blockade nicht verteilen zu können. Und was ist mit der Europäischen Union, mag man sich fragen? Nun, je tiefer Washington in Schande versinkt, desto mehr kommt Brüssels feige und beschämende Unterwerfung einer Komplizenschaft an den

Verbrechen der USA gleich. Lediglich Spanien unter Ministerpräsident Pedro Sánchez rettete Europas Ehre, indem es sich am 19. April Mexiko, Brasilien und Kolumbien anschloss und einen „respektvollen Dialog“ mit Kuba forderte..

Obwohl Russland die Blockade offen missachtete, rief die Öllieferung vom 31. März – die erste seit der letzten Einfuhr (aus Venezuela) am 9. Januar 2026 – bei Donald Trump lediglich einen knappen Kommentar hervor: „Kein Problem!“ Dabei hatte derselbe Trump zuvor erklärt, er wolle weder Russland noch China in Venezuela, seiner neuen Einflussphäre in Lateinamerika. Um es klarzustellen: Das Problem ist nicht nur Trump, sondern die US-Regierung (der „tiefe Staat“), genauer gesagt die Großaktionäre der Finanzoligopole, die diese Regierung sowie den Großteil der US-Wirtschaft und den militärisch-industriellen Komplex kontrollieren. Diese Akteure schüren Kriege oder drohen mit Krieg, weil sie glauben, eine „Lösung“ (eine Illusion!) für die systemische Krise des Kapitals zu finden. Trump selbst ist ein Produkt interner Konflikte innerhalb der Finanzwelt, und die scheinbaren „Widersprüche“ seiner Außenpolitik spiegeln wechselnde Allianzen und die Neuausrichtung seiner republikanischen Basis wider. Was die Demokraten betrifft: Obwohl einige ihrer Abgeordneten die Energieblockade gegen Kuba scharf kritisiert haben, sind ihre wahlpolitischen Motive allzu offensichtlich. Man sollte nicht vergessen, dass es ein demokratischer US-Präsident war, der das totale Embargo gegen Kuba verhängte (John F. Kennedy im Jahr 1962), und dass keiner seiner Nachfolger aus der Demokratischen Partei dieses Embargo aufhob – weder Barack Obama schloss Guantanamo Bay, noch gab er die 117,6 Quadratkilometer besetztes Gebiet an Kuba zurück.

Die Vereinigten Staaten befinden sich in einem permanenten Krieg, um die Vorherrschaft ihrer Finanzoligopole, ihre Kontrolle über die globalen Bodenschätze und ihre Hegemonie über das kapitalistische Weltsystem dank der Vormachtstellung des Petrodollars zu sichern. Es ist daher nicht verwunderlich, dass sie heute erneut die Kubanische Revolution angreifen und versuchen, das von ihr verkörperte Beispiel für die ganze Welt zu zerstören: ein Beispiel für Widerstand, Mut, Trotz, Würde, Gerechtigkeit und Solidarität. Die Macht der Ideen ist, anders als Geld- oder Rohstoffreserven, unerschöpflich. Und die Ideen, die diese Revolution verteidigt, sind jene, ohne die die Menschheit nicht Mensch geworden wäre. Belagert, aber geschwächt, schreitet Kuba dennoch mit der Geschichte voran. Mehr noch als das vorherige Embargo kostet die gegenwärtige Energieblockade dem kubanischen Volk unermessliche Opfer und fügt ihm ungerechtfertigtes Leid zu. Sie muss bedingungslos und unverzüglich beendet werden. Kubas Souveränität ist unantastbar, und die gesellschaftliche Entscheidung seines Volkes – das sich weiterhin als sozialistisch bezeichnet – muss respektiert werden. Nicht der Sozialismus ist für die Probleme der Insel verantwortlich, sondern der verdeckte Krieg des Imperialismus, und Kuba zahlt einen hohen Preis für seinen Widerstand. Gegenwärtig ächzt die Revolution unter der Last von Not und Leid, aber sie wird nicht zerbrechen. Sie wird nicht kapitulieren. Wir schulden ihr zweifellos unsere unerschütterliche, aktive und dringende Unterstützung.

Weitere Informationen finden Sie hier:

HERRERA, Rémy (2025), *A People's History of Cuba: 1492-present*, New York: Palgrave Macmillan.

– (2017), “For the Respect of the Right of the Cuban People to Decide Its Future”, *Written Statement* for the United Nations Human Rights Council, 36th session (September 11-29), Geneva. UN reference: A/HRC/36/NGO/15.

- (2010), *Les Avancées révolutionnaires en Amérique latine - Des Transitions socialistes au XXI^e siècle ?*, Lyon: Parangon.
- (2004), “Why Lift the Embargo Against Cuba?”, *Monthly Review*, vol. 55, n° 8, p. 49-54, New York.
- (2003), “UN: Why Israel Should Vote to Lift the Embargo of the US against Cuba?”, *Haaretz*, n° 25662, November 4, Tel Aviv.